



Kanton Zürich

Impulsprogramm Digitale Verwaltung 2020

Genehmigt vom Regierungsrat am 1. April 2020



Einleitung	3
Vorhaben zu Ziel 1: Vereinfachung und Ausbau des digitalen Leistungsangebotes	4
Vorhaben zu Ziel 2: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Akzeptanz, Zugänglichkeit und Anwendung von Online-Angeboten	6
Vorhaben zu Ziel 3: Nutzung der Behördendaten als strategische Reserve	8
Vorhaben zu Ziel 4: Förderung der digitalen Information, Kommunikation und Mitwirkung an der Verwaltungstätigkeit	9
Vorhaben zu Ziel 5: Etablierung des Kulturwandels und Entwicklung digitaler Kompetenzen	10
Ziel 6: Umsetzung des digitalen Arbeitsplatzes für Zusammenarbeit und Geschäftsabwicklung	11
Ziel 7: Verbesserung der technischen Grundlagen für die Digitalisierung	12
Impulsprogramm 2020 gruppiert nach Projektergebnissen	13

Einleitung

Die Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023 bildet im Kanton Zürich den Rahmen für die Aktivitäten im Bereich der Digitalisierung. Das Impulsprogramm ist darin – neben weiteren Vorhaben der Direktionen und der Ämter – ein wichtiges Umsetzungsinstrument.

Das erste Impulsprogramm 2018/2019 wurde im Mai 2018 vom Regierungsrat verabschiedet. Das vorliegende Impulsprogramm 2020 enthält einen aktuellen Stand der Projekte aus dem Impulsprogramm 2018/2019. Zudem wurden fünf weitere Projekte aufgenommen, die

- Grundlagen und Vorgaben im Bereich der kantonalen Serviceentwicklung bilden,
- den Aufbau relevanter Basisapplikationen oder organisationsübergreifend nutzbarer Fachapplikationen zum Ziel haben,
- Grundlagen bezüglich der Weiterentwicklung der kantonalen Verwaltung hin zu einer Digitalen Verwaltung schaffen,
- innovative Ideen aufnehmen und prüfen.

Für die Aufnahme in das Impulsprogramm sind folgende Erwägungen ausschlaggebend:

- Ökonomische Nachhaltigkeit: Projekte, die ein Bedürfnis mehrerer Direktionen, Ämter und Fachstellen aufnehmen und damit Verbreitungs- und Skalierungspotenzial aufweisen.
- Beitrag zur Etablierung einer zielgerichteten Zusammenarbeitskultur: Projekte, die im Sinne einer konsequenten Ausrichtung auf durchgängige Prozesse einer übergeordneten Koordination bedürften.
- Stärkung der Innovationskraft und Agilität der Verwaltung: Projekte, deren Ziel es ist, neue Technologien und Arbeitsweisen auszuprobieren, zu evaluieren und die positiven Resultate angemessen in der Verwaltungspraxis umzusetzen.

Vorhaben zu Ziel 1: Vereinfachung und Ausbau des digitalen Leistungsangebotes

Das digitale Leistungsangebot für Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung ist gezielt ausgebaut. Vorrangig sind die Verwaltungsverfahren im Bereich Steuern, politische Rechte, Bildung, Bauwesen, Arbeitsmarkt und Rechtswesen. Diese erfolgen durchgängig digital, führen zum Abbau oder zum Verzicht von papierbezogenen Abwicklungsschritten und zu Effizienzgewinnen bei allen Anspruchsgruppen.

Laufende Vorhaben

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Projektzeitraum	Schritt 2020
IP1.1	eBaugesucheZH Die Plattform eBaugesucheZH ermöglicht primär die elektronische Baueingabe als neue Online-Dienstleistung für Gesuchstellende. Zudem erhöht sie die Transparenz für alle Beteiligten und verbessert die Kommunikation zwischen Gesuchstellenden und Baubehörden. Baugesuche können von der Baueingabe bis zur Bauabnahme medienbruchfrei bearbeitet/abgewickelt werden.	Baudirektion (Amt für Raumentwicklung)	2015–2020	Einführung
IP1.2	eEinbürgerungZH Das Einbürgerungsverfahren wird im Kanton Zürich durchgängig digital abgewickelt. Für die Gesuchstellenden wird damit die Bearbeitungszeit kürzer und der Status jederzeit einsehbar. Die Kundenschnittstelle wird auf ZHservices realisiert.	Direktion der Justiz und des Innern (Gemeindeamt)	2018–2022	Konzept Realisierung
IP1.4	Online-Bewilligungen Unterschiedliche Bewilligungsverfahren aus drei Direktionen werden als Mustergeschäftsfälle durchgängig digitalisiert, sind auf prozessualer Ebene beschrieben und soweit möglich auf applikatorischer Ebene umgesetzt. Die Erkenntnisse daraus fliessen in die Vorgehensempfehlung mit unterstützenden Hilfsmitteln für weitere Transformationsprojekte ein.	Gesundheitsdirektion (Generalsekretariat), Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2019–2020	Realisierung Einführung
IP1.5	Einsatz der Blockchain-Technologie Die Blockchain-Technologie wird hinsichtlich ihrer Einsatzmöglichkeiten in der kantonalen Verwaltung geprüft. Es werden die Fragen angegangen, in welchen Typen von Geschäftsfällen die Technologie eingesetzt werden könnte, welchen Mehrwert dies generieren würde und welche Anforderungen im Verwaltungsumfeld erfüllt werden müssen. Bei einem grundsätzlichen positiven ersten Fazit soll die Studie zusammen mit weiteren praxisorientierten Inhalten in einem Leitfaden verarbeitet werden, um so eine Grundlage zu schaffen, auf der weiter aufgebaut werden kann.	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2019–2020	Konzept Realisierung Einführung
IP 1.6	Steuererklärungsverfahren Das Steuererklärungsverfahren wird umfassend überprüft und konsequent auf die technologischen Erfordernisse und Möglichkeiten der Steuerpflichtigen, aber auch der Prozessbeteiligten wie z. B. Banken, Treuhänder ausgerichtet.	Finanzdirektion (Kantonales Steueramt)	2020–2022	Initialisierung
IP 1.7 neu	Fokussierung der Angebote für Unternehmen Überprüfung und allenfalls Neuausrichtung der kantonalen digitalen Angebote für Unternehmen im Bereich der Arbeitsbewilligungen und Unternehmensgründung. Im Zentrum der Überprüfung steht die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Unternehmen und die Zusammenarbeit mit privaten Leistungsanbietenden. Die Bedürfnisse, Erwartungen und Anforderungen der Zürcher Unternehmen sind grundlegend und von Beginn weg einzubeziehen. Es ist zu analysieren, welche Rollen der Bund mit der Plattform easyGov und der Kanton mit seiner Plattform ZHservices an der Kundenschnittstelle übernehmen sollen.	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2020–2021	Vorstudie

Abgeschlossene Projekte

Keine

Neubeurteilte Vorhaben

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Bemerkung
IP1.3	Automatisiertes Stellenmatching Vollintegrierte Lösung für Arbeitsuchende, Arbeitgeber und Arbeitsagenturen	Volkswirtschaftsdirektion (Amt für Wirtschaft und Arbeit)	Bei der Erarbeitung des Impulsprogramms 2018/2019 war geplant, dass der Kanton Zürich als Pilotkanton eines SECO-Projekts mitwirken würde. Das SECO-Projekt verzögert sich und die Beteiligung des Kantons wird deshalb zurzeit nicht weiterverfolgt.

Vorhaben zu Ziel 2: Verbesserung der Rahmenbedingungen für Akzeptanz, Zugänglichkeit und Anwendung von Online-Angeboten

Der Amtsverkehr mit der Verwaltung ist allgemein elektronisch möglich. Der Zugang zu digitalen Leistungsangeboten für Bevölkerung und Wirtschaft ist vereinfacht und auf die erkannten Bedürfnisse und die Stärkung der Rechte der Nutzenden ausgerichtet. Die Nutzung von Online-Angeboten wird dadurch deutlich gesteigert.

Laufende Vorhaben

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Projektzeitraum	Schritt 2020
IP2.1	DigiLex: Rechtliche Grundlagen für elektronischen Geschäftsverkehr In einem Vorprojekt wurden 2019 der Handlungsbedarf und die Regelungsthemen hinsichtlich einer gesetzlichen Grundlage identifiziert (Bericht). Auf dieser Grundlage soll ab 2020 im Auftrag des Regierungsrates (RRB Nr. 1151/2019) ein Rechtsetzungsprojekt durchgeführt werden.	Staatskanzlei (Rechtsdienst) unter Einbezug der Direktion der Justiz und des Innern	2018–2023	Konzept
IP2.2	Serviceorganisation eFormulare Formulare des Kantons Zürich werden für die durchgängig digitale Dateneingabe und Datenverarbeitung (für eine zukünftig durchgängige digitale Serviceabwicklung) einheitlich und standardisiert als eFormulare angeboten, bestehende PDF- und Word-Formulare werden abgelöst. Die dafür nötige Aufbau- und Ablauforganisation wird bereitgestellt.	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2019–2020	Realisierung Einführung
IP2.5	Bargeldlose Zahlungsabwicklung Sämtliche Leistungen des Kantons können bargeldlos bezahlt werden. Alle Schalter und Verkaufsstellen der Verwaltung akzeptieren bargeldlose Zahlungen.	Finanzdirektion (Finanzverwaltung)	2018–2020	Initialisierung Konzept
IP2.6	Prüfung Rechtsetzungsverfahren Anpassung von Rechtsgrundlagen zur Ermöglichung der digitalen Transformation. Mögliche Checkpoints für Digitalisierungsregelungen im Prozess des Rechtsetzungsverfahrens prüfen und gegebenenfalls formell verankern (Rechtsetzungsverordnung).	Direktion der Justiz und des Innern	2020–2023	Situationsanalyse
IP2.7 neu	«Zürikonto» Aufbauend auf den Resultaten des IP2.3 soll die Notwendigkeit und der Umfang eines «Zürikontos» auf der Transaktionsplattform ZHservices analysiert und definiert werden. Die Betrachtung soll von den Kundenerwartungen und -bedürfnissen ausgehen. Überprüft werden soll insbesondere auch die Idee eines «Bürgerkontokorrens». Die Erwartungen, Bedürfnisse und Anforderungen der Gemeinden (mit ihren bestehenden Gemeindepkonten) sind einzubeziehen. Neben dem Einsatz eines Zürikontos soll geprüft werden, welche weiterführenden Gefässe für die Interaktion zwischen Behörde und Einwohner/innen sowie Unternehmen notwendig sind (z. B. physischer Welcomedesk, «Behörden-hotline»).	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2020	Vorstudie

Abgeschlossene Projekte

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Bemerkung
IP2.3	<p>«Front-Office»-Strategie</p> <p>Alle Anspruchsgruppen sollen effizient und effektiv mit kantonalen Leistungsangeboten bedient werden.</p>	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	<p>Im Rahmen einer Vorstudie wurden verschiedene Aspekte der Interaktion zwischen Kanton Zürich und Anspruchsgruppen beleuchtet.</p> <p>Im Rahmen der Studie konnten übergreifende Interaktionsprinzipien erarbeitet werden, die als Richtschnur für die Kommunikation zwischen kantonaler Verwaltung und der Bevölkerung sowie den ansässigen Unternehmen gelten sollen.</p>

Neubeurteilte Vorhaben

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Bemerkung
IP2.4	<p>Ausbreitung des elektronischen Rechnungsaustausches</p> <p>Der Versand und Empfang von digitalen Rechnungsbelegen sowie die digitale Genehmigung sollen zum Standard werden.</p>	Finanzdirektion (Finanzverwaltung)	Der elektronische Rechnungsaustausch wurde als Standard definiert (vgl. dazu RRB Nr. 1282/2018) und die Ausbreitung in der kantonalen Verwaltung ist eine Betriebsaufgabe der Finanzverwaltung.

Vorhaben zu Ziel 3: Nutzung der Behördendaten als strategische Reserve

Die Verwaltungstätigkeit ist mittels intensiver und bereichsübergreifender Nutzung von Behördendaten vereinfacht und der Umfang an offenen, frei zugänglichen Behördendaten (Open Government Data) für Bevölkerung und Wirtschaft erweitert.

Laufende Vorhaben

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Projektzeitraum	Schritt 2020
IP3.1	Strategie Datenmanagement und Data-Governance Aufbau eines zentralen Datenmanagements sowie Regelung der Datennutzung und Datenverantwortlichkeiten (Data-Governance).	Direktion der Justiz und des Innern (Generalsekretariat)	2018–2020	Konzept Realisierung
IP 3.2	Kantonale Einwohnerdatenplattform (KEP) Mit der KEP wird eine Kopie der kommunalen Einwohnerregister erstellt. Dadurch optimiert sich die Beschaffung von Personendaten durch kantonale und interkommunale Behörden bei den Gemeinden. Die Anwendung wurde eingeführt und das Projekt wird Ende 2020 abgeschlossen sein. (https://gaz.zh.ch/internet/justiz_innere/gaz/de/einwohnerwesen/einwohnerdatenplattform.html).	Direktion der Justiz und des Innern (Gemeindeamt)	2016–2020	Abschluss

Die Fach- und Koordinationsstelle Open Government Data (OGD) ist das kantonale Kompetenzzentrum in diesem Bereich. Es unterstützt unter dem Programmtitel OpenZH die Verwaltungsstellen bei der Erschliessung ihrer Datenbestände und der Publikation als Open Data.

Abgeschlossene Projekte

Keine

Vorhaben zu Ziel 4: Förderung der digitalen Information, Kommunikation und Mitwirkung an der Verwaltungstätigkeit

Die digitalen Kommunikationsmittel gewährleisten eine gute Erreichbarkeit der Anspruchsgruppen und eröffnen Bevölkerung und Wirtschaft neue Möglichkeiten zur Teilhabe an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen der Verwaltung.

Laufende Vorhaben

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Projektzeitraum	Schritt 2020
IP4.1	Relaunch Internetauftritt des Kantons Zürich (ZHweb2019) Der kantonale Webauftritt wird auf die Bedürfnisse der digitalen Entwicklung und der Internetkommunikation ausgerichtet.	Staatskanzlei (Kommunikationsabteilung des Regierungsrates, Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2017–2020	Einführung
IP4.2	Erstellung von kantonalen Usability, User Experience und Accessibility Guidelines, Definition von Design-Grundsätzen gemäss CI/CD-Vorgaben Im Rahmen des Projekts IP4.1 bearbeitet.	Staatskanzlei (Kommunikationsabteilung des Regierungsrates, Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2017–2020	Einführung
IP4.3 neu	Partizipation neu denken Zur Unterstützung des Legislaturziels «Teilhabe» (Legislaturziel 5, RRZ 5f) soll geprüft werden, wie die Anforderungen und Ideen interessierter Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen einfacher erfasst und in die Gestaltung der Behördenprozesse einfließen können.	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government), Direktion der Justiz und des Innern (Generalsekretariat)	2020–2021	Vorstudie

Abgeschlossene Projekte

Keine

Vorhaben zu Ziel 5: Etablierung des Kulturwandels und Entwicklung digitaler Kompetenzen

Der digitale Kulturwandel ist auf allen Führungsstufen angestoßen und als Aufgabe verankert. Kompetenzen und Bewusstsein für die digitale Arbeitskultur sind bei Mitarbeitenden nachhaltig gestärkt und entsprechende Anreize und Rahmenbedingungen, insbesondere auch zur Innovationsförderung geschaffen.

Laufende Vorhaben

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Projektzeitraum	Schritt 2020
IP5.1	<p>«Social Intranet» als Kommunikations- und zentrales Arbeitsmittel zur internen und bereichsübergreifenden Vernetzung</p> <p>Der interdisziplinäre Austausch in der Verwaltung wird erleichtert und gefördert. Der einfache Zugang zu Fachapplikationen unterstützt die Mitarbeitenden in ihrer Tätigkeit. Grundlage sind die Resultate aus dem Projekt IP4.1/4.2 sowie aus der Initialisierungsphase von IP6.5.</p>	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government: PL; Kommunikationsabteilung des Regierungsrates)	2020–2023	Initialisierung
IP5.2	<p>Schaffung der Grundlagen für den Kulturwandel um Innovation, Wissens-/Erfahrungsaustausch zu fördern.</p>	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2019–2023	Initialisierung Konzept
IP5.4 neu	<p>Digital Skills Offensive</p> <p>Ein Set an wichtigen Digitalisierungskompetenzen soll definiert werden. Anschliessend sollen Massnahmen erarbeitet werden, welche die Mitarbeitenden bei ihren Lern- und Veränderungsbestrebungen unterstützen.</p>	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government), Finanzdirektion (Personalamt)	2020–2023	Initialisierung

Abgeschlossene Projekte

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Bemerkung
IP5.3	<p>Kompetenzmodell 2020</p> <p>Überarbeitung des bestehenden Kompetenzmodells «Human Resources» unter Berücksichtigung der Anforderungen der Digitalisierung</p>	Finanzdirektion (Personalamt)	Das Kompetenzmodell wurde erarbeitet und mit RRB Nr. 596/2019 in Kraft gesetzt.

Ziel 6: Umsetzung des digitalen Arbeitsplatzes für Zusammenarbeit und Geschäftsabwicklung

Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung arbeiten in einer bedürfnisgerechten Arbeitsumgebung, die auf eine direktionsübergreifende Zusammenarbeit sowie einfache Kommunikation und Erfahrungsaustausch ausgerichtet ist und den digitalen Austausch mit den Anspruchsgruppen ermöglicht bzw. erleichtert.

Laufende Vorhaben

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Projektzeitraum	Schritt 2020
IP6.1	Elektronische Untersuchungs- und Aktenführung Durchgängige elektronische Abwicklung der Strafuntersuchung sowie des Straf- und Massnahmenvollzugs mit allen internen und externen Anspruchsgruppen; Vorgehen gemäss https://www.justitia40.ch	Direktion der Justiz und des Innern (Oberstaatsanwaltschaft)	2018–2026	gemäss nationalem Projekt
IP6.2	ReLex – Rechtliche Verfahren elektronisch abwickeln Hauptgegenstand des Projekts ist die vollständige Digitalisierung des Rechtsetzungsverfahrens von der Planung über die Produktion bis hin zur Publikation der Erlasse. Die Anwendung für die kantonalen Stellen und für die Gemeinden des Kantons Zürich ist vorgesehen.	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2018–2021	Konzept
IP6.3	Dokumentenmanagementsystem (DMS) Beschaffung und Einführung eines DMS insbesondere für strukturierte Ablage, Aufbewahrung, Versionierung, Suche von Dokumenten; potenzieller Pilot für Ausbreitung in die kantonale Verwaltung	Baudirektion (Generalsekretariat)	2017–2020	Einführung Realisierungseinheit 3 und 4
IP6.4	Einsatz künstliche Intelligenz (KI) erproben Prüfung des Einsatzes der KI-Technologie in Zusammenarbeit mit internen und externen Anspruchsgruppen (z. B. Entscheidungsunterstützung, Bots). Zu beachten sind insbesondere auch Fragen der digitalen Ethik; allenfalls Erprobung im Rahmen eines Pilotvorhabens	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2020–2021	Vorstudie
IP6.5	Arbeiten in der digitalen Verwaltung Definition strategischer/fachlicher Arbeitsplatzanforderungen, die für die digitale Zusammenarbeit notwendig sind.	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2019–2023	Initialisierung Konzept
IP6.6	Koordinierte Ausbreitung der verwaltungsinternen elektronischen Geschäftsabwicklung Die Geschäftsabwicklung innerhalb und zwischen den Direktionen und Ämtern muss elektronisch erfolgen. Dazu sind gegenwärtig verschiedene Hilfsmittel im Einsatz. Im Rahmen einer Vorstudie soll ein gemeinsames Verständnis zu den Anforderungen und Funktionalitäten einer elektronischen Geschäftsabwicklung erarbeitet werden. Das Verhältnis zwischen Geschäftsverwaltungssoftware und DMS muss geklärt werden.	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government), Direktion der Justiz und des Innern (Staatsarchiv)	2020	Vorstudie

Abgeschlossene Projekte

Keine

Ziel 7: Verbesserung der technischen Grundlagen für die Digitalisierung

Die Umsetzung von digitalen Leistungen ist durch Vereinheitlichung der technologischen Grundlagen und Bereitstellung von bedarfsorientierten IKT-Basisdienstleistungen, -Plattformen und -Planungsgrundlagen wirtschaftlich und beschleunigt.

Laufende Vorhaben

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Projektzeitraum	Schritt 2020
IP7.2	Digitales Identitätsmanagement für Bildungs-ID Gemäss Plenarbeschluss der EDK (Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren) wird eine «Föderation der Identitätsdienste im Bildungsraum Schweiz» (Edulog, vormals FIDES) errichtet, die zum Schuljahresbeginn 2020/2021 operativ werden soll. Der Themenbereich Bildungs-ID wird darum neu Bestandteil des Programms «Digitaler Wandel an kantonalen Schulen der Sekundarstufe II» (vgl. RRB Nrn. 259/2019, 260/2019 und 1178/2019). Für den Bereich Sekundarstufe II ist für Sommer 2020 in Zusammenarbeit mit dem AFI eine erste Pilotinstallation geplant. Für den Volksschulbereich besteht noch erheblicher Klärungsbedarf (z. B. Aufgaben und Prozesse im Bereich Identitätsmanagement, Rechtsgrundlagen für die Datenbearbeitung, datenschutzrechtliche Aspekte). Aus diesem Grund soll die Neu-Initialisierung im ersten Quartal 2020 erfolgen.	Bildungsdirektion (Mittelschul- und Berufsbildungsamt)	2020	Initialisierung
IP7.3	Geschäftsarchitektur DVE Entwicklung einer funktionalen und prozessualen Geschäftsarchitektur, Bereitstellung von Führungs- und Steuerungsinstrumenten	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2018–2020	Realisierung Einführung
IP7.4 Neu	Erneuerung ZHservices ZHservices als Basisinfrastruktur für die Behördenkontakte ist seit 2009 in Betrieb. Es fanden laufend Optimierungen statt, trotzdem ist es angezeigt, die Funktionalitäten umfassend zu überprüfen und die Infrastruktur in eine neue Generation überzuführen.	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government)	2020–2023	Initialisierung Konzept
IP7.5 Neu	Architekturmanagement ZH Aufbauend auf den Ergebnissen aus dem Projekt IP7.3 Geschäftsarchitektur DVE sollen weitere Ausbauschritte hin zu einer einfachen, nutzerorientierten, aber umfassenden Architekturlandschaft unternommen werden: Die Zusammenhänge und das Zusammenspiel zwischen Geschäfts-, Anwendungs-, Daten- und Technologie-Architekturen sollen ausgearbeitet werden. Es ist ein gemeinsamer Governance-Ansatz zur Steuerung der Architekturlandschaft zu erarbeiten. Die Gesamtarchitektur wird mit Bund, Kantonen und Gemeinden abgestimmt und als eCH-Standard festgelegt.	Staatskanzlei (Abteilung Digitale Verwaltung und E-Government), Finanzdirektion (Amt für Informatik)	2020–2022	Initialisierung

Abgeschlossene Projekte

ID	Name/Beschreibung	Verantwortung	Bemerkung
IP7.1	Umsetzung zentrales Identity- und Access-Management	Finanzdirektion (Amt für Informatik)	Der Dienst steht zur Verfügung und kann genutzt werden. Der Weiterausbau erfolgt im Projekt 30.20 Identity- und Access-Management des IKT-Programms.

Impulsprogramm 2020 gruppiert nach Projektresultaten

